

Wie können wir den Diskriminierungsrisiken bei Homeschooling entgegenwirken?

Die ganze Welt befindet sich seit der rasanten Ausbreitung des Corona Virus in einer so nicht gekannten Ausnahmesituation. Das stellt alle vor sehr große Herausforderungen. Politiker*innen, Entscheidungsträger*innen sowie Bürger*innen sind mit diesen in Deutschland und Berlin sehr verantwortlich und umsichtig umgegangen. Die notwendigen Einschränkungen in allen Lebensbereichen bringen allerdings viele ungewollte negative Folgen mit sich.

Im Zuge der Schutzmaßnahmen gegen den Corona Virus wurden in Berlin am 16. März alle Schulen geschlossen und das schulische Lernen nach Hause verlagert. Nur für Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten und die keine andere Betreuungsmöglichkeit haben, ist eine Notbetreuung vorgesehen. Alle anderen Schüler*innen bzw. deren Eltern werden für die Zeit der Schulschließung, die (zunächst) bis zum Ende der Osterferien (17. April 2020) festgelegt ist, mit Aufgaben und Materialien von ihren jeweiligen Klassenlehrer*innen ausgestattet. Eltern werden flächendeckend in einem weitestgehenden Maße in die Pflicht genommen, mit ihren Kindern zu lernen.

Dieses, aus der Notlage erzwungene Homeschooling, birgt sehr viele Diskriminierungsrisiken. Eine zentrale Ungleichheit des deutschen Bildungssystems besteht darin, dass Schülerleistungen eng mit der Ressourcenausstattung der Eltern zusammenhängt. **Diese bestehende Schere zwischen (ressourcen-)armen und -reichen Familien droht im großen Maße weiter aufzugehen und damit viele Kinder und Jugendliche in ihrer schulischen Entwicklung abzuhängen.**

Klassischerweise wird die Erledigung von "Hausarbeiten" zur Schulpflicht gezählt, soweit sie sich im üblichen Rahmen hält. In diesem Rahmen kann sie von den Schüler*innen erwartet und die Leistungen dürfen benotet werden. Der Fall, dass - wie momentan - vollständig in den Modus des Homeschooling umgeschaltet wird, ist allerdings in den Schulgesetzen nicht vorgesehen. Daher ist die Zulässigkeit der Benotung dieser "erweiterten Hausaufgaben" für die Zeit der Schulschließung rechtlich noch nicht geklärt. Vor allem wenn diese Homeschooling-Aufgaben zur einzigen Grundlage der Bewertung am Ende des Schuljahrs werden sollte, steht dies aufgrund der ungleichen Ressourcenausstattung der Schüler*innen bzw. ihrer Eltern im Widerspruch zum verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgebot (Art. 3 Abs. 1 GG).

In Krisenzeiten ist die Stärkung des Zusammenhalts wichtiger denn je. Mit Blick auf die Kinder und Jugendlichen gilt es darum jetzt besonders genau hinzuschauen, wie wir sicherstellen können, dass in dieser herausfordernden Situation, kein Kind und kein Jugendlicher abgehängt wird. Hierzu müssen

wir Antworten auf die Frage finden: **wie können Lehrkräfte und Eltern dabei unterstützt werden, für die Vielfalt der Kinder und Jugendlichen bedarfsgerechte Lernmöglichkeiten für das Homeschooling umzusetzen.** Mit unserem Rundbrief wollen wir für diese besonderen Diskriminierungsgefahren sensibilisieren und einige Ansatzpunkte vermitteln, um diesen entgegen wirken zu können.

E-Learning ist in Deutschland bislang eher eine Ausnahme als die Regel. Daher können nur wenige Schulen auf die Ressource zurückgreifen und problemlos den Unterricht digital fortsetzen. Zudem kommt E-Learning bei den vielfältigen pädagogischen Aufgaben, beispielsweise im Bereich des sozialen Lernens oder der Förderung der Kommunikationskompetenzen, mit denen Lehrkräfte umgehen, an seine Grenzen und kann nie ein vollumfänglicher Ersatz für Schule bieten. Viele Schüler*innen haben jetzt von den Lehrkräften ein großes Paket mit Aufgaben und Arbeitsblättern erhalten, die sie in den nächsten drei Wochen abarbeiten und nach den Osterferien mitbringen sollen. Die Bearbeitung der Aufgaben muss jetzt durchgehend von den Eltern betreut werden, welches für viele eine große, zusätzliche Belastung in einer schwierigen Zeit darstellt. Die Lernkontrolle, die sonst hauptsächlich eine Aufgabe des Lehrers war, wird die Aufgabe der Eltern sein; und dies nicht für einen kurzen Zeitraum, sondern erstmal für knapp fünf Wochen. Das verlangt nicht nur sehr viel Selbstorganisation, sondern intrinsische Lernmotivation, da nicht nur die Lehrkraft wegfällt, sondern auch das Lernsetting und der Klassenverband. Hier werden vor allem auch jüngere Schüler*innen an Grenzen kommen, wenn sie nicht die verlässliche Unterstützung bei Fragen oder das benötigte Feedback für ihre bereits gemachten Aufgaben bekommen. Weitere **mögliche negative Effekte des flächendeckenden Homeschooling für Kinder und Jugendliche sind:**

- Schüler*innen können sich den Stoff nicht eigenständig erarbeiten, haben keine Unterstützung und bauen so Lücken auf
- Überforderungsgefühle der Schüler*innen können zu Frustrationen und Aggression führen, die dann zusammen mit einem erhöhten Stress in der Familie durch Enge und eine unsichere, angespannte Atmosphäre, zu Konflikten innerhalb der Familie beitragen können
- Schüler*innen erhalten Lösungen ggf. von Klassenkamerad*innen, reichen diese ein und haben den Stoff nicht verstanden, ohne dass dies bei Lehrer*innen oder Eltern "auffällt"
- Eltern sind unter Druck gesetzt, zusätzlich zu einem herausfordernden Alltag für die Beschulung der Kinder zuständig zu sein; sie haben keine Kapazitäten zu ermahnen, motivieren, kontrollieren oder Unterrichtsstoffe zu erklären und Unterlagen auszudrucken oder scannen, etc.
- Wenn die Benotung für die Homeschooling-Periode in den Notenschnitt einfließt, könnten bestimmte Schüler*innen stärker versetzungsgefährdet sein

Besonders benachteiligte Gruppen

Durch die aktuellen Homeschooling Anforderungen, die Schulen an Eltern stellen, sind bestimmte Gruppen von Kindern und Jugendlichen besonders benachteiligt:

- Weil die Eltern nicht die Bildung und die Sprachkenntnisse haben, um sie entsprechend der Anforderungen der Schule, beim Lernen anzuleiten und zu betreuen.
- Es in der Familie keine ausreichende technische Ausstattung gibt, wie eigene Laptops für Kinder oder einen Internetzugang.
- Die Familie nicht über ausreichenden Wohnraum bzw. ein eigenes, ruhiges Zimmer zum Lernen für die Kinder verfügt.
- Bei Familien mit vielen Kindern sind die Eltern stärker belastet mit der Aufrechterhaltung der Grundversorgung, wie bspw. Arbeiten und Einkaufen (Produkte sind ausverkauft, der öffentliche Nahverkehr ist eingeschränkt), somit bleibt weniger Zeit für die schulische Betreuung der Kinder.
- Weil ein Elternteil alleinerziehend ist und durch die Arbeitsanforderungen weniger Zeit hat, die Kinder so intensiv zu betreuen, wie die schulischen Anforderungen es vorsehen.
- Bestimmte online-Bildungsangebote kosten Geld und für finanziell schlechter gestellte Familien nicht erschwinglich sind.
- Unterrichtsausfall für Kinder, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten und derzeit mehr arbeiten müssen. In der Notbetreuung in Grundschulen findet derzeit kein Unterricht statt.

Vulnerable Gruppen sind vor allem:

- migrantische Familien ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse
- Familien mit sozialen und finanziellen Herausforderungen
- Nichtakademische Familien
- Alleinerziehende,
- Familien mit engem Wohnraum
- kinderreiche Familien
- Kinder/Jugendliche mit einer Behinderung
- Kinder/Jugendlichen in betreuten Wohneinrichtungen oder Heimen
- Kinder und Jugendliche in Geflüchteten-Sammelunterkünften

Was können Lehrkräfte, Schulen, Arbeitgeber*innen und Eltern tun, um das Diskriminierungsrisiko zu minimieren?

Von Seiten der Schule:

- Anforderungen an Eltern möglichst gering halten, um eine größere Chancengleichheit herzustellen
- Falls vorhanden, notwendige technische Geräte, wie Tablets, Laptops an Schüler*innen ausleihen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, online-Angebote oder online-Kommunikation zu nutzen
- Familien mit unterschiedlichen Unterstützungsbedarfen vernetzen (Sprache, Kinder mit Behinderung) und bei der gemeinsamen Entwicklung kreativer Lösungen unterstützen

Von Seiten der Lehrkräfte:

- Kontakt zu Schüler*innen und Eltern aufnehmen, um Fragen und Ideen zum Lernen zu besprechen (Kommunikation per E-Mail, bei Grundschüler*innen telefonisch oder Skype o.ä.)
- auf bedarfsgerechte Ansprache der Eltern z.B. bei E-Mails achten (einfache Sprache, ggf. mehrsprachiges Schulpersonal, Schulsozialarbeit und Eltern einbinden, um Eltern anzusprechen, die nicht ausreichend Deutsch sprechen)
- Material so aufbereiten, dass Kinder es nach Möglichkeit selbständig bearbeiten können

- jeweils pro Woche kleine Aufgabenpakete,
- zwischendurch den Schüler*innen Feedback geben und die Aufgaben korrigieren
- persönliche Betreuung in Einzelfällen anbieten z.B. via Skype oder Telefon
- wöchentliche Chats oder Videokonferenzen mit der gesamten Klasse zum Austausch und Förderung der Motivation
- Einsendung der bearbeiteten Aufgaben nicht am Freitag verlangen, weil arbeitende Eltern nur am Wochenende ihre Kinder unterstützen können

Von Arbeitgeber*innenseite:

- Bewusstsein für enorme Mehrbelastung von Eltern schaffen und für Solidarität unter Kolleg*innen/in der Belegschaft werben
- nicht das volle Arbeitspensum verlangen und nach Möglichkeit Eltern entgegenkommen
- Alleinerziehende sowie Eltern mit mehreren schulpflichtigen Kindern entlasten
- zur Unterstützung der Eltern zwecks Erledigung der Schulaufgaben technische Möglichkeiten und Geräte zur Verfügung stellen

Von Seiten der Eltern (v.a. für Grundschulkindern):

- Kontakt zur Klassenleitung aufnehmen, um Fragen und Ideen zum Lernen zu besprechen
- nur unterstützend und begleitend bei der Erledigung der Aufgaben aktiv werden: bei Bedarf die Schüler*innen dazu ermutigen, Mitschüler*innen und/oder Klassenleitung zu kontaktieren
- Sich mit anderen Eltern vernetzen und gemeinsame kreative Lösungen bei besonderen Unterstützungsbedarf entwickeln (zur Sprachmittlung, Räume oder virtuelle Begleitung zur Verfügung stellen)
- Gemeinsame Aktivitäten mit den Kindern: zusammen ein Buch lesen, körperliche Betätigung wie z.B. Tanzen, ein Lied oder ein Gedicht auswendig lernen. Hierbei kreatives und spielerisches Lernen bevorzugen, damit die Motivation zum Lernen bleibt
- Die Bedürfnisse und Interessen des Kindes herausfinden und entsprechende Angebote machen
- Rückzugszeiten für alle ermöglichen, hierbei am besten die Kinder mit einbeziehen und besprechen
- Den sozialen Kontakt ihrer Kinder online unterstützen und je nach Alter mit planen
- Einbeziehen der Kinder in der Alltagsgestaltung: zusammen kochen, aufräumen etc.

ADAS arbeitet aktuell an einer Linkliste mit kostenfreien digitalen Unterrichtsmaterialien, die demnächst ins Netz gestellt wird.

Falls Sie weitere Tipps und best practice Beispiele zum Verbreiten haben, bitte schicken Sie uns diese an: beratung@adas-berlin.de

Alles Gute und Gesundheit wünscht,
ihr Team der Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS)
www.adas-berlin.de